

HoPo-1

1

2 **Nein zum Studierendengängelungsgesetz –**

3 **Ja zu Selbstbestimmung, Demokratie und guter Lehre**

4 Wir GRÜNE NRW stehen für ein selbstbestimmtes Studium an demokratischen Hochschulen. Wir
5 stehen für Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit, die ihr Fundament in
6 gesellschaftlicher Verantwortung als Bildungsauftrag haben. Wir wollen angehenden
7 Akademiker*innen herausragende Studienbedingungen in einer schon jetzt vielfältigen
8 Hochschullandschaft bieten. Dafür brauchen wir gut ausgestattete Hochschulen, die sich auch
9 den Herausforderungen der Digitalisierung für Studium und Lehre stellen. Wir wollen dafür
10 einen Rechtsanspruch auf gute Lehre entwickeln.

11 Der klare Gegenpol zu unseren Vorstellungen von einem zukunftsfähigen Hochschulstandort
12 Nordrhein-Westfalen sind die Planungen der schwarz-gelben Landesregierung: Mit
13 Studiengebühren, Demokratieabbau, Anwesenheitspflichten und verbindlichen
14 Studienverlaufsplänen stehen CDU und FDP für eine ideologiegetriebene Retro-Politik zulasten
15 der Studierenden und auch zulasten der Hochschulen.

16 **Schwarz-gelbes Hochschulgesetz: Mehr Fesseln für Studierende**

17 Mit dem rot-grünen Hochschulzukunftsgesetz haben sich die Studien- und
18 Beschäftigungsbedingungen sowie die Mitbestimmung an Hochschulen in den letzten Jahren
19 verbessert. Das Land hat große finanzielle Anstrengungen unternommen, aber gleichzeitig gab
20 es auch eine sehr große Nachfrage nach einem Studium in NRW. Hier sehen wir uns in der
21 Pflicht, weiter für Verbesserungen einzutreten. Auf dem Weg zu guten Studien- und
22 Arbeitsbedingungen an den Hochschulen ist noch genug Luft nach oben. Wir wollen einen
23 Rechtsanspruch auf gute Lehre verwirklichen, beste Arbeitsbedingungen an Hochschulen
24 schaffen und die rückwärtsgewandte Politik von CDU und FDP verhindern. Die Pläne von
25 Schwarz-Gelb für ein neues altes Hochschulfreiheitsgesetz sind ein Griff in die
26 hochschulpolitische Mottenkiste. Sie bringen weder „Freiheit“, noch ist daran irgendetwas „neu“.
27 Die Ideen von CDU und FDP sind eine Bevormundung von Studierenden, ein Abbau
28 akademischer Demokratie und ein Rückzug der Landesregierung aus ihrer hochschulpolitischen
29 Verantwortung.

30 Das Gesetz wird für Studierende als größte Statusgruppe nicht die versprochene Freiheit und
31 Unterstützung bringen, sondern Misstrauen schaffen. Wir vertrauen darauf, dass Studierende
32 selbst entscheiden können, wie sie zu ihrem akademischen Ziel kommen und sehen die
33 Entwicklung von Eigenständigkeit als Teil der akademischen Ausbildung an. Deshalb setzen wir
34 auf Freiheit, statt Studierende mit Anwesenheitszwang, verpflichtendem Assessment und
35 verbindlichen Studienverlaufsplänen zu gängeln. Wir verstehen uns in dieser
36 Auseinandersetzung als die Stimme der Studierenden in NRW.

37 Mit der Reform bauen CDU und FDP studentische Mitbestimmung ab und reduzieren die Demo-
38 kratie an Hochschulen. Sie bevorzugen die Professor*innen; Schwarz-Gelb lässt die Studieren-
39 den im Stich und entscheidet ungefragt über ihre Köpfe hinweg. Der Abbau der Demokratie für
40 Studierende und Beschäftigte zeigt sich besonders bei der Mitbestimmung in den Fachberei-
41 chen und im Senat.

42 Wir wollen, dass Entscheidungen weiterhin durch die Statusgruppen gemeinschaftlich getroffen
43 werden, anstatt Entscheidungsbefugnisse einseitig bei den Hochschulleitungen zu konzentrie-
44 ren und Möglichkeiten der Beratung und Einflussnahme immer weiter zu verringern. Deswegen
45 fordern wir den Ausbau der bisherigen Gruppenparitätsregelung hin zu einer verpflichtenden
46 Parität aller Statusgruppen im akademischen Senat.

47 Auch lehnen wir ab, dass Schwarz-Gelb die Einrichtung und Befugnisse der Studienbeiräte den
48 Hochschulen überlassen will. Die Studienbeiräte sind die einzige echte Chance für Studierende,
49 Einfluss auf die Gestaltung des eigenen Fachs – in Form der Prüfungsordnungen – zu nehmen.
50 Ihre Vorschläge werden in der Praxis als erhebliche Bereicherung angesehen.

51 **Selbstbestimmung statt Anwesenheitszwang**

52 Schwarz-Gelb will das Verbot von Anwesenheitspflichten in Seminaren abschaffen und die Ent-
53 scheidung den Hochschulen überlassen. Die von Schwarz-Gelb angekündigte neue Freiheit an
54 den Hochschulen gilt offensichtlich nicht für Studierende. Mit der neuen Regelung wird nicht
55 nur ein Verstoß gegen die grundgesetzlich geschützte Studierfreiheit billigend in Kauf genom-
56 men. Auch die Hochschulen selbst profitieren nicht davon: Ihnen droht mit der Anwesenheits-
57 pflicht mehr Bürokratie.

58 Der Präsenzzwang geht an der Lebensrealität der Studierenden vorbei und wird ihnen große
59 Probleme bereiten. Nicht alle können garantieren, immer im Seminar zu sitzen, beispielsweise
60 weil sie auf einen Job angewiesen oder in der studentischen oder akademischen Selbstverwal-
61 tung tätig sind, weil sie Kinder oder Angehörige betreuen oder eine chronische Erkrankung
62 haben. Eine Anwesenheitspflicht ist, bis auf eng begrenzte, bereits bestehende Ausnahmen, ein
63 sinnloser Eingriff in das selbstbestimmte Studium, weil sie physische Dauerpräsenz noch lange
64 keinen Studienerfolg garantiert.

65 Eine ebenso drastische Einschränkung der akademischen Selbstbestimmung stellen die Pläne
66 der Landesregierung dar, verbindliche Studienverlaufsvereinbarungen und verpflichtende On-
67 line-Self-Assessments einzuführen. Unter Individualisierung von Studienverläufen verstehen wir
68 etwas gänzlich anderes. Schwarz-Gelb will die Studierenden kontrollieren, damit sie ihr Studium
69 planungsgemäß absolvieren – obwohl weiterhin viele Studienpläne nicht planungsgemäß reali-
70 sierbar sind. Für uns GRÜNE NRW sind Studierende freie und mündige Menschen, die selbstbe-
71 stimmt ihr Lernziel entwickeln können und sollen. Was Schwarz-Gelb hier plant, verschult das
72 Studium stärker als jede andere Form der Leistungskontrolle. Zudem droht hier ein weiteres Bü-
73 rokratiemonster. Dies gilt ebenso für verpflichtende Online-Self-Assessments. Wir wollen, dass
74 junge Menschen ihre Studienentscheidung frei treffen können – Schwarz-Gelb will ihnen mehr
75 Steine in den Weg legen.

76 **Für einen Anspruch auf gute Lehre**

77 Mit der schwarz-gelben Anwesenheitspflicht soll lediglich eine Diskussion um eine motivieren-
78 de Hochschuldidaktik vermieden werden. Fachlich und persönlich bereichernde Seminare
79 werden auch ohne Anwesenheitspflicht besucht, denn auch Studierende wissen sehr gut, was
80 ihnen hilft und was nicht. Unser Gegenmodell zu Anwesenheitspflicht, Aussortieren vor dem
81 Studium und Fremdbestimmung im Studium heißt: Gute Lehre. Wir wollen dafür einen Rechts-
82 anspruch auf gute Lehre entwickeln.

83 Damit der Anspruch auf gute Lehre erfüllt werden kann, müssen zum einen die Hochschulen
84 auskömmlich finanziert und die Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal verbes-
85 sert werden. Hochschulfreiheit kommt von Freiheit in der Lehre und Forschung. Diese ist nur
86 dann möglich, wenn Hochschulen in ihrer Forschung nicht von Drittmitteln abhängig sind. Die
87 technische und räumliche Ausstattung sowie die Finanzierung von Nachwuchsforscher*innen
88 gehören zu den primären Aufgaben der öffentlichen Hand. Zum anderen muss Lehre Wertschät-
89 zung erfahren und sind mehr Innovationen im Hörsaal notwendig. Dazu gehören ein Leitbild
90 gute Lehre an allen Hochschulen und eine Lehre, die sich tatsächlich an den Lernenden orien-
91 tiert. Dazu ist es notwendig, dass es zu einem besseren Miteinander von Lehrenden und Studie-
92 renden kommt und sich Lehre am Erkenntnisgewinn orientiert, statt an bestehenden Strukturen.
93 Auch benötigen dazu alle Lehrenden die notwendigen didaktischen Kenntnisse auf dem Stand
94 der Zeit, um innovative Lehrformate statt der starren Traditionslehre bieten zu können.

95 **Für bessere Beschäftigungsbedingungen**

96 CDU und FDP wollen den Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen für das Hoch-
97 schulpersonal streichen. Die bestehenden Verträge zwischen Hochschulleitungen und Personal-
98 vertretungen sind bisher an allen Hochschulen gleichlautend. Das garantiert den Beschäftigten
99 einheitlich gute Arbeitsbedingungen. Nach der Abschaffung muss bloß eine Hochschulleitung
100 ihren Vertrag kündigen und das gesamte Konstrukt fällt in sich zusammen. Die gesetzliche
101 Regelung zu streichen, bedeutet, die Rechte der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräf-
102 te, der Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen zu schwächen. Damit werden
103 gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen optional. Wir halten gute
104 Arbeitsbedingungen nicht für unnötige Bürokratie, sondern für ein Recht aller
105 Hochschulbeschäftigten. Befristete Arbeitsverträge oder Teilzeitstellen als universitärer Normal-
106 zustand für akademische Mitarbeiter*innen lehnen wir ab! Nur, wenn die Interessen und Rechte
107 der Angestellten geschützt und prekäre Beschäftigungsverhältnisse beendet werden, wird der
108 „Beruf Wissenschaft“ attraktiv.

109 Auch die arbeitsrechtliche Mitbestimmung von studentischen Beschäftigten steht unter Beschuss
110 – die schwarz-gelbe Landesregierung will die Beauftragten für studentische Hilfskräfte ab-
111 schaffen. Wir fordern statt einer Rolle rückwärts einen Ausbau der Mitbestimmung studentischer
112 Beschäftigter. Neben dem Erhalt der SHK-Beauftragten setzen wir uns für einen studentischen
113 Personalrat ein.

114 **Forschung muss dem Frieden dienen**

115 In einer Zeit, die neben großen gesellschaftlichen Umwälzungen auch maßgeblich von interna-
116 tionalen Krisen und bewaffneten Konflikten geprägt ist, muss öffentliche Forschung dem
117 Frieden dienen und nicht der Rüstungslobby. Mit dem Hochschulzukunftsgesetz wurden die
118 Hochschulen dazu verpflichtet, einen Beitrag zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung
119 zu leisten. Wie dieser aussehen sollte, konnten sie in der Ausgestaltung selbst bestimmen. Un-
120 ter dem Deckmantel der „Entbürokratisierung“ will Schwarz-Gelb jetzt das Comeback der Mili-
121 tärforschung an den Hochschulen. Wir GRÜNE NRW kämpfen für eine wirkungsvolle Zivilklausel!

122 **Demokratie, Freiheit und Verantwortung**

123 Wir GRÜNE NRW stehen ein für demokratische Hochschulen, für ein selbstbestimmtes Studium,
124 dafür dass der Staat Verantwortung für die Hochschulen übernimmt und dass die Hochschulen
125 in Freiheit verantwortungsvoll handeln. Mit der geplanten
126 Abschaffung der Beauftragten für die Belange der studentischen
127 Hilfskräfte würde die Landesregierung verhindern, dass diese sich vor
128 Ort sachgerechte Lösungen einsetzen. Daher lehnen wir die schwarz-gelbe Reform des
129 Hochschulgesetzes ab und wollen stattdessen einen offenen Dialog mit allen Beteiligten,
130 insbesondere mit den Studierenden, um zu erfahren, wo tatsächlich die aktuellen Probleme an
131 den Hochschulen liegen und wie diese bestmöglich und im Sinne aller gelöst werden können.
132 Wir wollen, dass die Hochschulen noch besser finanziert werden, um Lehre und Forschung auf
133 hohem Niveau an allen Hochschulen möglich zu machen. Wir brauchen ein neues
134 Finanzierungssystem für die Hochschulen nach klaren und vergleichbaren Indikatoren. Darüber
135 hinaus soll der Anteil von Drittmitteln reduziert und im Gegenzug das Budget für die
136 Grundfinanzierung deutlich erhöht und die Qualitätsverbesserungsmittel dynamisiert werden.
137 Dazu muss auch der Bund das Land stärker unterstützen. Studiengebühren – egal in welcher
138 Form oder für welche Gruppe – lehnen wir ab.